Begründung zum Bebauungsplan Nr. 14

- Zugleich Aufhebung der Baustufenordnung vom 4.7.1940 -

für den Bereich zwischen der Nordseite der geplanten Verlegung des Gr. Sandweges, der Südseite des Weges südlich der Martin-Luther-Schule, der Straße "An der Johanneskirche", der Elbinger Straße und der Holsteinstraße

Der Rat der Stadt Hamm hat in seiner Sitzung vom 6.1.1964 beschlossen, für die geplante Verlegung des Gr. Sandweges zwischen der Holsteinstraße und dem Nordenheideweg und für die Erweiterung des Schulhofes der Martin-Luther-Schule einen Bebauungsplan aufzustellen, der mindestens Festsetzungen im Sinne des § 30 BBauGenthält.

Die Bebauung des Bereiches südl. des Gr. Sandweges ist zum größten Teil abgeschlossen. Dieser Teil ist in den Planbereich mit einbezogen worden, um die Bebauung an der Südseite des Gr. Sandweges zu regeln, die vorhandene Wohnbebauung in ihrem jetzigen Bestand planungsrechtlich zu sichern und die gegenstandslos gewordenen Fluchtlinien aufzuheben.

Im früheren Wirtschaftsplan der Stadt Hamm ist der Bereich des Bebauungsplanes Nr. 14 als Wohnfläche und landwirtschaftliche Fläch dargestellt. Die Grundstücke südlich des vorhandenen Gr. Sandweges sind im Baustufen- und Baugebietsplan als A- und B II o-Gebiet ausgewiesen. Förmlich festgestellte Fluchtlinien bestehen für einen Teil der Straßen innerhalb des Planbereiches.

Der Planbereich ist violett umrandet. Innerhalb des Planbereiches sollen festgesetzt werden:

- 1. die Art und das Maß der baulichen Nutzung,
- 2. die überbaubaren Grundstücksflächen,
- 3. die Werkehrsflächen,
- 4. das Baugrundstück für den Gemeinbedarf und
- 5. die nicht überbaubaren Grundstücksflächen Vorgärten-,

Die erforderlichen Stellplätze können auf den Baugrundstücken untergebracht werden.

Die Abwässer werden in das städt. Kanalnetz eingeleitet und der Kläranlage zugeführt.

Der durch Farbe nicht kenntlich gemachte Teil des Gr. Sandweges wird als öffentliche Verkehrsfläche nicht mehr benötigt und soll in das Schulgrundstück bzw. WA-Gebiet einbezogen werden.

Der Erschließungsaufwand wird rd. 200,000,-- DM betragen. Nach der Satzung vom 27.6.1961 über die Erhebung von Erschließungsbeiträgen in der Stadt Hamm sind von der Stadt 10 v.H. des beitragsfähigen Erschließungsaufwandes zu tragen.

Maßnahmen zur Ordnung des Grund und Bodens sollen nicht getroffen werden. Soweit die notwendigen Straßenflächen nicht freihändig erworben werden können, soll der Bebauungsplan die Grundlage für die Enteignung bilden.

Hamm, den 11. März 1965

Stadtrat Städt. Oberbaurat Städt. Oberverm.-Rat

Gehört zur Vfg. v. 25.7, 1966
Az. TB2 - 125. 4 (Hamm 14

Landesbaubehörde Ruhr

Der Bebauungsplan Nr. 14 und die Begründung haben gemäß § 2 (6). BBauG in der Zeit vom 9. 8. bis einschließlich 8. 9. 1965 öffentlich ausgelegen.

Hamm, den 3. November 1965

Der Oberstadtdirektor Im Auftrage:

Vermessungsamtmann

20